

Mindestlohn - damit die Menschen von ihrer Arbeit leben können

Helmut Haigermoser informierte Arbeitskreis beim SPD-Stammtisch

Kein anderes arbeitsmarktpolitisches Thema wird zur Zeit so heftig und unterschiedlich diskutiert wie der gesetzliche Mindestlohn.“ Das sagte Helmut Haigermoser, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) im SPD-Kreisverband Traunstein, beim gut besuchten SPD-Stammtisch in Traunstein im Sailer Keller. Von Seiten der Wirtschaft werde der Mindestlohn zum Teil als beschäftigungsschädlich angeprangert, während SPD, Gewerkschaften, Sozialverbände und Arbeitnehmer die Zahlung von Mindestlöhnen für dringend notwendig halten. Im übrigen Europa ist das kein Thema. Schon vor über hundert Jahren gab es in Amsterdam einen gesetzlichen Mindestlohn, weil dort die Stadt nur Aufträge an Unternehmen vergab, die Mindestlöhne bezahlten. In Frankreich wurde der Mindestlohn 1950 eingeführt, in den Niederlanden 1968, berichtete der Referent. Heute gibt es in 20 von 27 EU-Mitgliedsländern einen gesetzlichen Mindestlohn, davon werden in Frankreich, Großbritannien, den Benelux-Staaten und Irland acht bis neun Euro bezahlt. Deshalb fordern die Gewerkschaften, bei 7,50 Euro einzusteigen und schrittweise bis auf neun Euro anzuheben. Ein gesetzlicher Mindestlohn, der um die drei Euro liegt, sei dabei schädlicher als gar keiner, denn er würde Niedriglöhne legitimieren, so Haigermoser.

Mindestlöhne in einzelnen Branchen gibt es seit einigen Jahren auch in Deutschland, so z.B. in der Abfallwirtschaft einschließlich Straßenreinigung und Winterdienst, bei der Gebäudereinigung, im Baugewerbe, beim Maler- und Lackiererhandwerk sowie beim Elektrohandwerk. Ein Mindestlohn von 8,50 (West) in den Pflegeberufen kommt zum 1. Juli – ein bedeutender Fortschritt, betonte der Referent. Auch aus der Perspektive der Frauen sei die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes dringend erforderlich, weil Tarifverträge besonders in typischen Frauenberufen häufig nicht zustande kommen. Knapp 31 Prozent der vollbeschäftigten Frauen arbeiten für Niedriglöhne, bei den Männern sind es 10 Prozent. Bei Frauen kämen dann noch niedrige Löhne und kurze Arbeitszeiten zusammen, so dass sie nur geringe Chancen auf eine eigene Existenzsicherung haben. Im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen eher Familienväter, die trotz Vollzeitarbeit und zusätzlicher Überstunden ihre Familie nicht ernähren können. Deshalb fordert die SPD den flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn, um Armut zu vermeiden, erläuterte Haigermoser. Notwendig sei der Mindestlohn auch, um den Sozialstaat mit zu finanzieren: Mit einer Lohnsteigerung durch einen Mindestlohn von 7,50 Euro wären Mehreinnahmen von etwa 4,2 Milliarden Euro in die Sozialversicherung verbunden. Auch fehlten den Krankenkassen in erheblichem Umfang Beiträge wegen der Niedriglöhne. „Leider ist es so, dass Armut krank macht“, bedauerte Haigermoser. In der Diskussion befürchtete Otto Blaß, dass durch Mindestlöhne die Tarifautonomie ausgehebelt werden könne. Diese Befürchtung habe es auch bei einigen Gewerkschaften gegeben, die dann aber durch politische Entwicklungen wie z.B. Eu-Osterweiterung oder Hartz IV Mindestlöhne inzwischen ebenfalls als notwendig ansehen., so Haigermoser. Peter Forster, Stadtrat und Teamleiter bei der Arbeitsgemeinschaft Integration, betonte, dass die Zahlung von Mindestlöhnen aktive Wirtschaftsförderung sei, weil damit die Kaufkraft steigt und gerade diese Arbeitnehmer

jeden zusätzlichen Euro schnell wieder in den Wirtschaftskreislauf investieren. Im Übrigen seien Arbeitnehmer erst ab Löhnen von 8,50 Euro in der Lage, auch eine Familie damit zu ernähren, vor allem, wenn sie Alleinverdiener sind. Sonst müssten sie ergänzende Leistungen von der Arge beziehen, weil sie nicht von ihrer Arbeit leben können, obwohl sie eine Vollzeitstelle haben. Auch der Referent bekräftigte, dass die oft bejammerte Binnennachfrage durch Mindestlöhne nachhaltig gestärkt werden würde. Der Vorsitzende der AfA in Traunsten und selbst Gewerkschafter, Stadtrat Sepp Hinterschnaiter, erinnerte daran, dass die Gewerkschaft NGG (Nahrung, Genuss, Gaststätten) als Erste die Forderung nach einem Mindestlohn gestellt habe, weil gerade in diesen Branchen zum Teil skandalös niedrige Löhne von unter drei Euro gezahlt wurden und werden. Hier gebe es weiterhin großen Handlungsbedarf. Dem schloss sich auch

Dritte Bürgermeisterin Waltraud Wiesholer an und bekräftigte die Notwendigkeit von Mindestlöhnen, damit Menschen wieder von ihrer Arbeit leben können, ohne einen Zweitjob annehmen zu müssen oder staatliche Unterstützung beziehen zu müssen, obwohl sie eine Vollzeitstelle haben. Außerdem kritisierte sie die jüngste Kindergelderhöhung von 20 Euro als nutzlos: Viele Familien bräuchten das Geld nicht, weil es ja auch für hohe Einkommen gezahlt wird. Bei Hartz IV-Empfängern werde es wieder abgezogen, und für viele Familien geht es für höhere Gebühren z.B. für Kindergärten und Schwimmbäder drauf, welche viele Kommunen in diesen Zeiten anheben müssen, so Wiesholer-Niederlöhner.